

Einheitliche deutsche Strompreiszone unbedingt erhalten!

Berlin, 24. Oktober 2025: Heute endet die Konsultationsfrist zum „Aktionsplan Gebotszone Deutschland“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE). Das Hauptstadtbüro Bioenergie (HBB) unterstützt ausdrücklich die Position des Ministeriums, die einheitliche deutsche Strompreiszone beizubehalten. Der Aktionsplan enthält laut den Bioenergieverbänden im HBB grundsätzlich geeignete Maßnahmen, um bestehende Netzengpässe spürbar zu reduzieren und gleichzeitig die Versorgungssicherheit zu stärken – ohne die deutsche Gebotszone teilen zu müssen.

„Die Vorschläge des BMWE aus dem „Aktionsplan Gebotszone Deutschland“ sind ein wichtiger Schritt, um Netzengpässe zu verringern, ohne den integrierten Strommarkt zu gefährden. Eine Aufteilung der Gebotszone würde hingegen zu regional unterschiedlichen Vergütungen führen und damit insbesondere steuerbare, flexible Erzeuger wie die Bioenergie regional stark benachteiligen“, betont Sandra Rostek, Leiterin des HBB.

Laut der Verbände im HBB leisten Bioenergieanlagen mit ihrer steuerbaren und verlässlichen Stromerzeugung einen zentralen Beitrag zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit. Daher sei es entscheidend, dass diese Leistungen auch künftig sicher vergütet werden. Andernfalls könnten diese wichtigen Säulen der Energiewende wegbrechen und deutlich höhere Redispatch-Kosten nach sich ziehen.

Mit Blick auf die anstehende Reform der Netzentgeltsystematik (AgNes) betonen die Verbände, dass Netzdienlichkeit als zentrale Kenngröße verankert werden muss. Steuerbare erneuerbare Energien wie Bioenergie-KWK sollten nach ihrem Einspeiseprofil privilegiert werden. Einspeiseentgelte sollten volldynamisch mit einem verbindlichen Höchstwert ausgestaltet und in Phasen geringer Netzlast auf null Euro reduziert werden. Baukostenzuschüsse sollten sich am tatsächlichen Netznutzen orientieren und für netzdienliche Bioenergieanlagen entfallen. Ebenso ist ein strikter Bestandsschutz gegen rückwirkende Belastungen erforderlich.

„Der Aktionsplan des BMWE bietet eine tragfähige Grundlage, um die Einheit der Strompreiszone zu sichern und die Energiewende effizienter zu gestalten. Entscheidend ist nun, dass die Umsetzung systemdienlich erfolgt und die Leistungen der Bioenergie für Netzstabilität und Versorgungssicherheit angemessen honoriert werden“, schließt Rostek.

Über die Bioenergieverbände

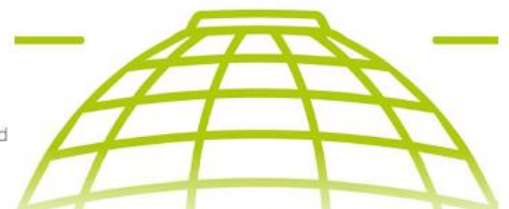
Im „Hauptstadtbüro Bioenergie“ bündeln vier Verbände ihre Kompetenzen und Ressourcen im Bereich Energiepolitik: der Bundesverband Bioenergie e.V. (BBE), der Deutsche Bauernverband e.V. (DBV), der Fachverband Biogas e.V. (FvB) und der Fachverband Holzenergie (FVH). Gemeinsam bilden sie die gesamte Bioenergiebranche ab von Land- und Forstwirten, Anlagen- und Maschinenbauern, Energieversorgern bis hin zu Betreibern und Planern. Das Hauptstadtbüro Bioenergie verleiht den vielen unterschiedlichen Akteuren und verschiedenen Technologien der Bioenergiewirtschaft eine gemeinsame starke Stimme gegenüber der Politik. Insbesondere in den Sektoren Strom und Wärme setzt es sich technologieübergreifend für die energiepolitischen Belange seiner Trägerverbände ein. Im Kontakt mit politischen Entscheidungsträgern kann das Hauptstadtbüro Bioenergie auf ein breites Unterstützernetzwerk zurückgreifen und kooperiert insbesondere mit dem Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE)

www.hauptstadtbuero-bioenergie.de

Kontakt

Bundesverband Bioenergie e.V. (BBE)
Gerolf Bücheler
Geschäftsführer
Tel. 0 30 / 27 58 179 21
Mail: buecheler@bioenergie.de

Hauptstadtbüro Bioenergie (HBB)
Jörg Schäfer
Leitung politische Kommunikation in HBB
Tel. 0 30 / 27 58 179 15
Mail: schaefer@bioenergie.de



Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)
Axel Finkenwirth
Pressesprecher
Tel. 0 30 / 31904 240
Mail: presse@bauernverband.net

Fachverband Holzenergie im BBE (FVH)
Simone Jost
Leiterin Kommunikation im BBE
Tel. [+49 30 275 8179 26](tel:+4930275817926)
E-Mail: jost@bioenergie.de